

## **Stellungnahme der DPG zu Nationalismus, Ausgrenzung und zur Politik der AfD.**

Der Vorstand der DPG beobachtet mit Sorge die politische Entwicklung in Deutschland und in vielen anderen Staaten, die von einem zunehmenden, ausgrenzenden Nationalismus geprägt ist.

In Deutschland ist es vor allem die sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD), die an nationalsozialistisches Gedankengut anknüpft und die Interessen eines „Deutschen Volkes“, über alles stellt. Eines „Volkes“, das für die Zeit und die Folgen der nationalsozialistischen Diktatur, des Terrors gegen Fremde und Andersdenkende, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, noch heute eine besondere Verantwortung trägt. Unter den Folgen dieses Terrors leiden die Opfer und deren Kinder - wie auch die Täter und deren Kinder - über Generationen hinweg.

Stimmt es doch, dass wir aus der Geschichte nur lernen, dass wir nichts lernen?

Wie wir alle aus den Medien erfahren können, verdichtet sich die rückwärtsgewandte Ideologie der Politiker:innen der AfD zu einer aktiven Politik der Ausgrenzung. Dies wurde zuletzt durch das Vernetzungstreffen von AfD-Politikern mit Neonazis und finanzstarken Akteuren in einer Potsdamer Villa deutlich, in der die Vertreibung von Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund geplant wurde. Die AfD benutzt die Komplexität der politischen Weltlage dafür, wieder Schuldige an der Krisensituation auszumachen und einfache Rezepte anzubieten, deren Wirksamkeit nicht bewiesen ist, deren Schädlichkeit für das Gemeinwohl und den Gemeinsinn in der Gesellschaft aber schon jetzt spürbar werden. In ihrem Streben nach der Macht in unserem Land sind der AfD alle populistischen Mittel recht. Auch wenn diese Mittel nach unserem Grundgesetz Unrecht sind. Das begründet die Beobachtung dieser Partei durch den Verfassungsschutz.

Die Verwendung wissenschaftlicher Begriffe und deren manipulative Umdeutung am Beispiel des Wortes „Remigration“, mit dem die Deportation von Einwanderern aus Deutschland beschönigend umschrieben wird, macht deutlich, wie aus Worten Taten werden sollen.

Das zeigt uns die Geschichte: Sigmund Freud beschreibt in seiner Schrift „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ (1921) wie das vernünftige Ich von einer Massenideologie gekapert und das Individuum, nach Aufgabe des eigenen kritischen Denkens, zum Täter oder Mitläufer wird. Die Verantwortung für die Misere wird denen zugeschrieben, die keine Macht haben und keine Verantwortung tragen, aber da sind und als Verantwortliche bezeichnet werden. Neid, Missgunst, Hass und Groll werden so lange geschürt, bis das „antisoziale Gift“ wirkt.

„Toxische Polarisierung“ ist ein in diesem Zusammenhang zutreffender psychoanalytisch-sozialwissenschaftlicher Begriff, der beschreibt, wie durch kollektive Spaltungen und Projektionen ein "schlechter Anderer" konstruiert wird, der dämonisiert wird und dadurch bedrohlich erscheint, was in der Folge eine hartherzige Empathie-Verweigerung rechtfertigen soll.

Die aktuellen Krisenzeiten, die durch Kriege, wirtschaftliche Unsicherheiten und Bedrohungen durch den Klimawandel bestimmt sind, können auf der Ebene des Individuums ein umfassendes Ohnmachtserleben sowie Verlust- und Vernichtungsängste auslösen, was zu kollektiven Regressionsprozessen führen kann: Neben Hass und Neid werden Omnipotenzgefühle als Abwehr gegen diese Ängste mobilisiert. Diese erzeugen Überlegenheitsfantasien, die dann eine

entsprechende Ideologie begründen, wie z.B. „Deutschland den Deutschen“ oder „Make America great again“.

Als Analytikerinnen und Analytiker wissen wir, dass Konfliktlösungen und Veränderungsprozesse, die zu einer Stärkung des Ichs führen, ihre Zeit brauchen.

Schnelle Lösungen, radikale Forderungen, die durch die Illusion eines raschen Erfolgs „verkauft“ werden sollen, korrumpieren die Gemeinschaft, fördern egozentrische, antisoziale Tendenzen und schaden den ausgegrenzten Anderen - und am Ende auch denen, die solche Forderungen in Wort und Schrift vertreten.

Wir sehen es als ermutigendes Zeichen, dass gegenwärtig in Deutschland mit vielen Demonstrationen und Aktionen klar gegen die AfD und gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Position bezogen wird. Es besteht Hoffnung, dass die kollektiven destruktiven Regressionsprozesse sich nicht durchsetzen werden – und es gibt eine echte Alternative für Deutschland, die in Empathie und einem solidarischen Miteinander besteht.